



Newsletter vom 23. Februar 2025

Inhalt

Auf dem Weg an den grossen Baustellen vorbei zur nächsten Schulreform?	2
19. Februar 2025, Hanspeter Amstutz	2
«Der Druck macht die Kinder krank»	3
Tages-Anzeiger, 5. Februar 2025, Zürich, Nina Fargahi	3
Wir sollten darüber nachdenken	5
Tages-Anzeiger, 8. Februar 2025, Forum	5
«Unsere Volksschule befindet sich im Niedergang»	5
Tages-Anzeiger, 15. Februar 2025, Politik & Wirtschaft, Raphaela Birrer	5
Lehrer in Nidwalden kritisieren Bildungsdirektor	8
NZZ, 14. Februar 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann	8
Sek A, B oder C? Ein Verein will die unterschiedlichen Schulstufen abschaffen	9
Tages-Anzeiger, 8. Februar 2025, Zürich, Naomi Jones	9
Um Selektion kommt die Schule nicht herum	11
Tages-Anzeiger, 8. Februar 2025, Meinungen, Fabienne Sennhauser	11
Die Kinder in ihren Stärken fördern	11
Tages-Anzeiger, 15. Februar 2025, Forum	11
Die Schere geht zu weit auseinander	12
Tages-Anzeiger, 13. Februar 2025, Forum, Leserbrief	12
Veranstaltungshinweis	12
Künstliche Intelligenz – welche Auswirkungen hat KI auf unsere Kinder, Schule und Gesellschaft?	12
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. März 2025	12



Auf dem Weg an den grossen Baustellen vorbei zur nächsten Schulreform?

19. Februar 2025, Hanspeter Amstutz

Die umtriebigen Schulreformer können es nicht lassen. Statt sich entschlossen den langjährigen Baustellen unserer Volksschule zuzuwenden, unterstützt der Vorstand der Schweizer Schulleitervereinigung fragwürdige Umbaupläne des Vereins «Schule ohne Selektion». Die Sekundarschule soll auf Abteilungen mit differenzierten Anforderungen verzichten. Mit in diesem Paket ist auch die Forderung nach einem neuen Beurteilungssystem, welches die bisherige Notengebung ersetzen soll. Wie immer bei solchen Vorhaben lassen sich weitere Akteure leichter an Bord holen, wenn grosse Schlagworte wie Chancengleichheit oder Individualisierung des Unterrichts ein Projekt heller leuchten lassen. So hat die LCH-Präsidentin durchblicken lassen, dass sie eine Oberstufe ohne Selektion als Fortschritt sehe. Auch an einigen Pädagogischen Hochschulen kann das Umbauprojekt auf eine namhafte Anhängerschaft zählen.

Zu viel Heterogenität würde die Sekundarschule schwächen

Die Ankündigungen, nur radikale Strukturreformen und ein neues System der Schülerbeurteilung würden die Schulen zukunftstauglich machen, sind ziemlich vollmundig. Neuere Studien zeigen, dass die Schulleistungen in einer nicht gegliederten Sekundarschule eher schlechter werden. Am Ende der sechsten Klasse geht die Schere beim Leistungsvermögen der Schüler bereits stark auseinander. Diese Heterogenität macht es Lehrpersonen ausserordentlich schwer, alle Schüler zu den gesteckten Zielen zu führen. In Oberstufenschulen mit Abteilungen mit unterschiedlichen Anforderungen gelingt es weit besser, jeder Schülerin und jedem Schüler Erfolgserlebnisse beim Lernen zu ermöglichen.

Im Kanton Zürich stehen den Sekundarschulen ein zweiteiliges und ein dreiteiliges Modell mit flexiblen Varianten bei den abteilungsübergreifenden Fächern zur Auswahl. Es gab schon mehrmals intensive Diskussionen um die Licht- und Schattenseiten der beiden Systeme, doch die Einführung einer selektionsfreien Sekundarschule war dabei nie ein ernsthaftes Thema. Statt so eine Rosskur in Angriff zu nehmen, wäre es weit besser, den Hebel dort anzusetzen, wo Reformen die grösste Wirkung auf die Schulqualität haben.

Die Diskussion um eine radikale Sekundarschulreform ist eine Flucht nach vorn

Was die Schulleitervereinigung in Kooperation mit den genannten Unterstützern fordert, lenkt von den dringend zu lösenden Aufgaben ab. Die schulischen Herausforderungen sind bestens bekannt: Der chronische Lehrermangel, die gescheiterte Integration, das ineffiziente Frühfremdsprachenkonzept, der überladene Lehrplan mit den eklatanten Schwächen im Bereich Deutsch und die zu wenig auf die Schulpraxis ausgerichtete Lehrerbildung. Aufgrund dieser unerledigten Arbeitsliste macht die angezettelte Reformdiskussion den Eindruck einer schlecht vorbereiteten Flucht nach vorn.

Liebe Schulleitervereinigung, wo sind eure konstruktiven Vorschläge, die sich in der Praxis auch umsetzen lassen? Mehr finanzielle Mittel, wie ihr sie beim Integrationsmodell gebetsmühlenartig fordert, sind nirgends in Sicht. Mit eurem dogmatischen Verharren auf der reinen Lehre der Integration aller Schüler in die Regelklassen blockiert ihr praxistaugliche Lösungen. Beim gravierenden Lehrermangel genügt es nicht, Lehrer als Manager zu bezeichnen, um die fehlenden Männer für die Primarschule zurückzugewinnen. Es braucht starke Korrekturen beim Rollenbild des Lehrers, um diesem Beruf seine volle Attraktivität zurückzugeben. Das ist eine gewaltige, aber lohnenswerte Aufgabe, welche ein Denken ohne Scheuklappen erfordert.

Bei den Frühfremdsprachen wäre es zusammen mit dem LCH eure Aufgabe, der EDK mit deutlichen Worten klarzumachen, dass man sich mit dem gewagten Mehrsprachenkonzept verrannt hat.



Ein grundsätzlich schiefes Konzept lässt sich nicht retten, indem man die vielen überforderten Kinder einfach dispensiert oder einen erhöhten Lerndruck zulässt. Jedes Weitermachen wie bisher führt zu unzähligen Verlierern, die ohne das forcierte Fremdsprachenlernen nicht entstehen würden.

Namhafte Persönlichkeiten fordern eine Korrektur der Fehlentwicklungen

In unserem Newsletter kommen namhafte Persönlichkeiten zu Wort, die in Interviews und Kommentaren die Schulentwicklung offen kritisieren. Die ganze Reihe der Schulbaustellen kommt dabei eingehend zur Sprache. Die Mutlosigkeit der Reformer, gescheiterte Projekte rechtzeitig abzubrechen, wird als Hindernis für eine Wende zum Besseren gesehen. Auslöser dieser Welle bemerkenswerter Stellungnahmen war wohl das viel beachtete Interview des Nidwaldner Bildungsdirektors Res Schmid vor knapp einem Monat. Wir haben darüber im letzten Newsletter berichtet.

Der neue Leiter der Kinderspitäler Zürich, Oskar Jenni, setzt sich mit dem Frühfranzösisch auseinander. Er kritisiert die Idee des spielerischen Sprachbads (Embedding) als nicht umsetzbare Methode für das schulische Fremdsprachenlernen. Die ganze Mehrsprachendidaktik der Primarschule sei gescheitert und das Frühfranzösisch abzuschaffen.

SVP-Nationalrat Benjamin Fischer unterstützt in seinem ganzseitigen Interview in den TA-Medien die Kritik von Res Schmid vollumfänglich. Fischer hebt hervor, dass viel zu viele Schüler nur noch ungenügend Deutsch sprechen und kaum einfache Texte verstehen können. Er ist für die Einführung von speziellen Klassen zur Deutschförderung bei eingewanderten Kindern. Auch er möchte, dass nur eine Fremdsprache in der Primarschule unterrichtet wird.

Breite Unterstützung aus der Leserschaft für die mutige Reformkritik

In den Kommentaren und Leserbriefen findet man grosse Zustimmung zu den Interviews. Nur Neuerungen, die sich bewährt haben, sollen weitergeführt werden. Aber auch eine konträre Stimme von der Spitze des Nidwaldner Lehrerverbands, welche die meisten Reformen verteidigt und den eingeschlagenen Weg weitergehen will, ist dabei. Wie auch immer, die geäußerte Kritik an den zentralen Reformen ist so gut begründet, dass sich die Bildungspolitik die Taktik des Schönredens nicht länger leisten kann.

«Der Druck macht die Kinder krank»

Tages-Anzeiger, 5. Februar 2025, Zürich, Nina Fargahi

Frühfranzösisch • Die Politik streitet über die Abschaffung des Französischunterrichts auf der Primarstufe. Kinderarzt Oskar Jenni plädiert für eine Entlastung der Schülerinnen und Schüler.

Oskar Jenni ist Nachfolger des bekannten Kinderarztes Remo Largo am Universitäts-Kinderspital Zürich und kritisiert den frühen Fremdsprachenunterricht. Er betont, dass Kinder Sprachen nicht automatisch lernen und dass individuelle Unterschiede oft unterschätzt werden. Zudem stellt er einen Zusammenhang zwischen erhöhtem Schuldruck und psychischen Erkrankungen fest.

Herr Jenni, was halten Sie von Französischlektionen auf Primarstufe?

Das frühe Fremdsprachenlernen beruht auf zwei Missverständnissen: Erstens wird oft angenommen, dass Kinder Sprachen besonders leicht lernen. Doch das gelingt nur, wenn sie wirklich in eine Sprache eintauchen - sie regelmässig hören und sprechen.

Es ist also ein anderes Lernen als später?

Kinder lernen zwar intuitiver, aber ohne «Sprachbad» bleibt der Lernerfolg begrenzt. Jugendliche hingegen setzen bewusster Lernstrategien ein und lernen damit effizienter.

Und das zweite Missverständnis?

Es wird oft angenommen, dass alle Kinder eine Fremdsprache mit einer gezielten Förderung gleichermassen gut lernen können. Doch das stimmt so nicht. Es gibt bei der Sprachentwicklung -



ebenso wie beispielsweise bei der motorischen Entwicklung - sehr grosse Unterschiede bei Kindern: Die einen sind begabter, die anderen weniger.

Begabung hat doch auch viel mit Förderung zu tun?

Die Sprachbegabung ist bis zu einem gewissen Grad angeboren. Das Lernen einer Sprache wird zudem von den intellektuellen Fähigkeiten eines Kindes beeinflusst, etwa von der Kapazität seines Arbeitsgedächtnisses. Viele Kinder, die wir wegen Entwicklungsauffälligkeiten am Kinderspital betreuen, tun sich schwer mit den zusätzlichen Fremdsprachen in der Primarschule.

Was ist mit Kindern, die mehrsprachig aufwachsen?

Auch diese Kinder sind nicht alle von Natur aus sprachbegabt. Für mehrsprachige Kinder stellen die Fremdsprachen in der Primarschule oft eine zusätzliche Hürde dar. Und dies verschärft die ungleichen Bildungschancen, besonders für Kinder aus sozial belasteten Familien.

Auch Ihr Vorgänger, der verstorbene Schweizer Kinderarzt Remo Largo, hat den frühen Fremdsprachenunterricht als «pädagogischen Irrweg» bezeichnet. Überfordern wir die Kinder?

Der Druck auf Kinder ist tatsächlich gross, nicht nur beim Fremdsprachenlernen. Oft übernehmen sie diesen unbewusst, denn sie möchten unsere Erwartungen erfüllen. Besonders Mädchen stehen unter einem doppelten Stress: Sie sollen nicht nur erfolgreich und leistungsstark sein, sondern auch den immer noch tief verwurzelten Rollenerwartungen an Frauen entsprechen.

War der Druck früher denn nicht grösser und die Schule noch strenger?

Ja, die meisten denken das - Schule war doch noch nie ein Zuckerschlecken, Prüfungs- und Notendruck gab es schon immer. Doch Studien belegen das Gegenteil: Der Schuldruck hat in den letzten 20 Jahren zugenommen. Zu diesem Ergebnis kommt etwa die HBSC-Studie, die zwischen 2002 und 2022 in 43 Ländern, auch in der Schweiz, durchgeführt wurde. Zudem bestätigt eine systematische Übersichtsarbeit von 52 Studien einen Zusammenhang zwischen dem steigenden Schuldruck und der psychischen Belastung. Die wissenschaftliche Evidenz ist leider eindeutig: Der Druck, der auf den Kindern lastet, macht sie krank.

Können Sie diese Befunde aus Ihrer Alltagserfahrung bestätigen?

Ja, wir beobachten eine starke Zunahme von Kindern und Jugendlichen mit Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsstörungen. Auch Behandlungen mit Ritalin haben zugenommen. Zudem sind Angststörungen, Depressionen und andere psychiatrische Erkrankungen häufiger geworden. Die Coronapandemie hat diese Entwicklung noch verstärkt. Sie ist jedoch nicht die Ursache, sondern ein zusätzlicher Faktor in einem bereits länger anhaltenden Trend.

Welche Rolle spielen die sozialen Medien?

Die digitalen Medien sind in der Regel nicht der Auslöser für die Probleme; sie verstärken lediglich die Herausforderungen.

Was ist dann der Grund?

Eine internationale Expertengruppe hat im vergangenen Herbst in der britischen Medizinzeitschrift «The Lancet» die Ursachen der globalen Jugendkrise unter dem Begriff Megatrends zusammengefasst. Dazu gehören die wachsende Individualisierung mit Fokus auf Selbstverwirklichung, der zunehmende Leistungs- und Wettbewerbsdruck, der steigende Perfektionismus von Menschen, der rasante technologische Wandel sowie Ängste vor der Klimakrise, den Kriegen und politischen Umwälzungen.

Wie kann man diesen Entwicklungen Gegensteuer geben?

Dafür sind dringend Massnahmen nötig - sowohl im Kleinen als auch im Grossen. Es braucht eine Entschärfung des Bildungsdrucks.

Wie lauten Ihre Forderungen aus Sicht der Entwicklungspädiatrie?

Der frühe Französischunterricht muss abgeschafft werden. Die schulische Selektion muss später stattfinden. Ebenso ist eine bessere psychische Gesundheitsversorgung nötig, genauso wie gewisse Regeln für den Umgang mit digitalen Medien. Es ist auch wichtig, dass wir uns vom Anspruch der Perfektion lösen - und hier spielen vor allem Eltern und Lehrpersonen eine wichtige Rolle. Die



Wertschätzung eines Kindes sollte niemals nur von seiner schulischen Leistungsfähigkeit abhängig sein.

Was bedeutet eine Schule ohne Leistungsdruck? Die Kinder spielen den ganzen Tag draussen?

Nein, es geht nicht darum, die Kinder sich selbst zu überlassen und keine Erwartungen mehr an sie zu haben. Sie brauchen Orientierung und Strukturen, um sich gesund entwickeln zu können - und selbstverständlich sollen sie auch lesen, schreiben und rechnen lernen und etwas über die Welt erfahren. Wir dürfen dabei aber die Schule nie nur aus der Perspektive von uns Erwachsenen gestalten, sondern müssen sie auch mit den Augen der Kinder sehen.

Und die Sicht der Kinder ist: Französischvokabeln büffeln ist langweilig?

Für wen sollen Kinder denn so früh wie möglich Französisch und Englisch lernen? In erster Linie sind es wirtschaftliche Gründe, die wir Erwachsene ins Feld führen - sie sollen optimal auf die Arbeitswelt vorbereitet werden, denn Fremdsprachen gelten als Wettbewerbsvorteil und Erfolgsfaktor. Auch politische Aspekte wie der Zusammenhalt der Schweiz spielen eine Rolle, was durchaus legitim ist - doch für ein Schulkind sind diese Zusammenhänge unverständlich.

Wir sollten darüber nachdenken

Tages-Anzeiger, 8. Februar 2025, Forum

«Tages-Anzeiger» vom 5.2. «Der Druck macht die Kinder krank»

Fremdsprachen in der Unter- und Mittelstufe überfordern viele Schüler. Am besten lernt man diese vor Ort, heisst, bei einem Sprachaufenthalt. Dort hört man täglich diese Sprache, die Wörter und die Grammatik. Dazu kann man noch eine Sprachschule besuchen und sich austauschen. Viele Kinder in den Schulen haben einen Migrationshintergrund. Zu Hause bekommen die meisten auch keine Hilfe von den Eltern. Sie sprechen daheim ihre Sprache, dann noch Deutsch, Englisch und Französisch in der Schule. Da ist das Erfolgserlebnis kaum da. Wenn Eltern zweisprachig sind, lernen die Kinder die zweite Sprache gut, weil ein Elternteil die Muttersprache spricht und auch die Grammatik kennt. Diese Kinder haben auch keine Mühe in der Schule. Denken wir nochmals darüber nach.

Ruth Haug, Gunterhausen

«Unsere Volksschule befindet sich im Niedergang»

Tages-Anzeiger, 15. Februar 2025, Politik & Wirtschaft, Raphaela Birrer

Benjamin Fischer • Die SVP fordert in einem neuen Bildungspapier weitreichende Schulreformen - etwa Spezialklassen für fremdsprachige Kinder. Der verantwortliche Nationalrat sagt, wie er jetzt Mehrheiten schaffen will.

Bildung, Gesellschaft, Familie: Der 33-jährige Zürcher Nationalrat Benjamin Fischer ist seit kurzem in der SVP Schweiz für diese Dossiers zuständig. In seiner Verantwortung ist ein neues Bildungspapier entstanden, das weitreichende Reformen in der Volksschule fordert. Manche Forderungen decken sich mit jenen der FDP, womit sie in mehreren Kantonen Mehrheiten finden dürften.

Herr Fischer, in ihrem neuen Bildungspapier warnt die SVP vor «ausser Kontrolle geratenen Verständigungsproblemen» in den Schulen. Was bringt Sie zu diesem drastischen Schluss?

Unsere Volksschule befindet sich im Niedergang. Studien zeigen, dass jede zehnte Person in der Schweiz einfache Sätze nicht erfassen kann. Das sind fast eine Million Menschen! Gar jeder Fünfte



hat Mühe, längere Texte zu verstehen. In Schulen mit vielen fremdsprachigen Kindern bestehen massive Verständigungsprobleme, die Lehrkräfte kommen nicht mehr zurecht.

Das klingt sehr pauschal - haben Sie konkrete Beispiele?

Ja, sogar aus eigener Erfahrung: Wir haben bis vor kurzem in Volketswil gewohnt. Mein älterer Sohn war im Kindergarten das einzige Kind ohne Migrationshintergrund. Heute spricht ein erheblicher Teil der Kinder in Städten und Agglomerationen kein Deutsch, wenn sie in den Kindergarten kommen. Die SVP fordert, dass alle Kinder in der Regelklasse Deutsch verstehen und sprechen.

Sie fordern, dass zugezogene ausländische Kinder zwingend bis zu ein Jahr in eine Integrationsklasse gehen müssen, um intensiv Deutsch zu lernen. Warum geht das dort besser als in der Regelklasse?

Sie stellen die falsche Frage. Ein Kind lernt in der Regelklasse gut Deutsch, wenn die Mehrheit der Mitschüler die Sprache beherrscht - das stimmt. Wir haben aber eine andere Realität: In der Agglomeration und den Städten sprechen sehr viele Kinder kein Deutsch. Es geht dort also nicht um die Frage, ob diese Kinder integriert oder separiert besser Deutsch lernen, sondern darum, ob der Unterricht überhaupt noch gewährleistet werden kann.

Mit gezielter Frühförderung würden die betroffenen Kinder bereits vor dem Eintritt in den Kindergarten Deutsch lernen. Aber da ist die SVP dagegen. Das passt nicht zusammen.

Kinder sollen in diesem Alter Kinder sein dürfen, und die Eltern sollen selbst entscheiden können. Wir möchten nicht, dass die Kinder noch früher als ohnehin schon in schulischen Strukturen funktionieren müssen.

Sie wollen in diesen Spezialklassen nur Kinder mit sprachlichen Defiziten spezifisch fördern.

Was ist mit Kindern mit anderem Förderbedarf?

Sprechen wir jetzt einfach von Kindern, die ihre Stärken und Schwächen haben?

Wir sprechen zum Beispiel von Kindern, die eine Dyskalkulie, ein ADHS oder eine geistige Beeinträchtigung haben.

Viele dieser Fälle sind wegen des integrativen Unterrichts in der Regelklasse und kommen dort nicht mit. Die Integration ist gescheitert. Und zwar nicht wegen der Kinder mit Behinderung, sondern wegen der Verhaltensauffälligen. Viele Lehrkräfte, die den Beruf mit Herzblut ausgeübt haben, sind ausgebrannt, weil das System nicht funktioniert.

Welche Lösung schlagen Sie vor? Nicht jedes Kind mit ADHS ist ein Fall für die Sonderschule.

Es kann nicht sein, dass in jeder Klasse ein oder zwei Kinder sitzen, die alle anderen stören. Wir brauchen daher wieder Sonderklassen. Es sollte nicht nur um die Bedürfnisse der Schwächeren, sondern auch um jene der stärkeren Schüler gehen. Auch aus der Lehrerschaft ist diese Forderung zu hören. Wir waren schon immer gegen den integrativen Unterricht - ich freue mich, dass die FDP neu auch für die Abschaffung ist.

Mit einzelnen Förderlektionen ist es nicht getan. Die Politik hat zu wenig in die integrative Schule investiert.

Das sehe ich dezidiert anders. Es ist keine Frage des Geldes. Die Behauptung, es werde bei der Bildung gespart, stimmt nicht. Die Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen: Die Bildungsausgaben in den Kantonen steigen stetig.

Es gibt wegen des Bevölkerungswachstums auch mehr Kinder.

Das stimmt, es braucht mehr Infrastruktur, mehr Klassen. Aber auch gemessen am Bruttoinlandprodukt und den staatlichen Gesamtausgaben steigen die Bildungsausgaben stetig. Trotzdem nimmt die Qualität ab. Mehr Geld bedeutet nicht automatisch eine bessere Bildung - es muss richtig investiert werden. Kosten senken liessen sich zum Beispiel, wenn das krankhafte Diagnostizieren von angeblichen Fehlentwicklungen reduziert würde.

Unterstellen Sie damit falsche oder unnötige Diagnosen bei Schulkindern?

Diagnosen sind immer auch gesellschaftliche Phänomene und verändern sich über die Zeit. Heute müssen wir uns fragen, ob wir normale Verhaltensweisen von Kindern pathologisieren. Wenn in



jeder Klasse die Hälfte der Schülerinnen und Schüler einen spezifischen Förderbedarf hat, dann haben nicht die Kinder ein Problem, sondern das System. Es liegt nicht in der Natur von Kindern, den ganzen Tag auf einem Stuhl zu sitzen. Praktische Tätigkeiten wie Werken, Bewegen oder Basteln dürfen nicht zu kurz kommen.

Haben Sie Belege dafür, dass heute mehrheitlich unnötige Diagnosen gestellt werden?

Der Anstieg der Diagnosen und der Kinder mit besonderem Förderbedarf ist Beleg genug. Die Zahlen unterscheiden sich teilweise stark zwischen den Kantonen - auch das ist auffällig. Ich glaube einfach nicht, dass die Kinder heute so viel problematischer oder kränker sind als früher.

Eine wichtige Rolle schreibt die SVP in ihrem Papier auch den Eltern zu. Sie sollen stärker am Lernerfolg der Kinder mitwirken. Was meinen Sie damit?

Eltern müssen verstehen, was ihr Kind in der Schule lernt, wo es stark ist und wo es Probleme hat. Dazu ist es wichtig, dass die Eltern die primäre Landessprache beherrschen. Statt Elterninformationen in allen Sprachen und mit Dolmetschern abzuhalten, müssten die Eltern verpflichtet werden, die vorherrschende Landessprache zu lernen. Das wäre auch wichtig für die Integration in den Arbeitsmarkt.

Und dafür würden flächendeckend öffentliche Sprachkurse angeboten?

Nein. Es liegt in der Verantwortung jener, die sich integrieren wollen, die Sprache zu lernen. Wenn ich in ein anderes Land gehen würde, aus welchen Gründen auch immer, hätte ich doch das allergrösste Interesse, mich verständigen zu können. Wir fordern, dass die Eltern ihren Aufenthaltsstatus verwirken, wenn sie sich diesbezüglich nicht kooperativ zeigen.

In dieser Logik bräuchte es auch strengere Regeln für Expats. Diese leben aber mit ihren Kindern in einem Umfeld, in dem oft nur Englisch gesprochen wird.

Den Kindern von Expats mangelt es nicht an einer Zukunftsperspektive, wenn sie kein Deutsch sprechen. Sie besuchen häufig Privatschulen. Aber wir müssen dafür sorgen, dass wir eine funktionierende Volksschule mit hoher Qualität für alle haben.

Bei den Expats ist es in Ordnung, wenn sie keine Landessprache sprechen, bei anderen Ausländern nicht? Das müssen Sie erklären.

Nein, auch die Expats sollen eine Landessprache lernen. Es stört mich, dass Englisch im öffentlichen Raum derart dominant wird. Aber Expats verursachen kaum Probleme im Sozialsystem. Sie bezahlen Steuern. Sie sind gut ausgebildet. Und viele dieser modernen Nomaden ziehen nach einigen Jahren weiter.

Ihre Partei warnt vor Parallelgesellschaften in der Schweiz - aber für Expats gilt das nicht?

Die Gefahr von Parallelgesellschaften besteht vor allem in den Agglomerationen, wo der Wohnraum günstiger ist, wo es auch Sozialwohnungen oder Asylzentren gibt. Dadurch besuchen viele fremdsprachige Kinder die Schulen. Das führt dazu, dass viele Schweizer Familien wegziehen.

Zum Beispiel Ihre Familie? Sie sind von Volketswil nach Oberweningen gezogen.

Ja, wir sind kein gutes Beispiel. Wir sind umgezogen, weil meine Frau in Oberweningen aufgewachsen ist. Aber es hat auch mit den Kindern zu tun. Ich beobachte dieses Phänomen auch bei linksgerichteten Mittelstandsfamilien. Wenn die eigenen Kinder in die Schule kommen, finden sie Multikulti plötzlich nicht mehr so lustig. Dann zügelnd sie weg. So entstehen Parallelgesellschaften.

Viele der Forderungen in Ihrem Bildungspapier entsprechen jenen der FDP. Sie kopieren freisinnige Ideen.

Sie sind witzig. Es ist genau umgekehrt. Das sind seit eh und je unsere Forderungen. Neu ist, dass sich auch bei den anderen Parteien und in der Gesellschaft etwas ändert. Wir können jetzt in mehreren Kantonen zusammen mit der FDP Mehrheiten schaffen. Zum Beispiel im Inkubatoranton Aargau: Dort haben wir eine SVP/FDP-Mehrheit und Martina Bircher als neue SVP-Bildungsdirektorin. Auch in Zürich sieht es danach aus, dass Mehrheiten für eine vernünftige Bildungspolitik möglich sind.



Sie sprechen die Abschaffung von Frühfranzösisch an. Dazu gibt es in Zürich einen neuen Vorstoss.

Für die SVP ist eine Fremdsprache in der Primarschule genug. Welche das ist, müssen die Kantone selber entscheiden.

Wie werden Sie jetzt weiter vorgehen?

Wir werden unsere Vorstösse koordiniert einreichen - ob sie von uns, von der FDP oder von einer anderen Partei kommen, ist irrelevant. Es geht nur um das Ziel. Allein die SVP hat in sechs Kantonen Bildungsdirektoren, dazu kommen jene der FDP. Prioritär ist die Abschaffung des integrativen Unterrichts. Auch die sprachlichen Integrationsklassen wollen wir einführen, auch hier gibt es Mehrheiten mit der FDP.

Lehrer in Nidwalden kritisieren Bildungsdirektor

NZZ, 14. Februar 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann

Res Schmid forderte in einem NZZ-Interview die Abkehr von linker Ideologie – die Pädagogen sehen das ganz anders

Res Schmid hat im Januar etwas getan, was Bildungspolitiker nur noch selten tun. Der Nidwaldner Erziehungsdirektor sprach in der NZZ nicht nur über die Probleme des Schulsystems (das tun alle), sondern er stellte den Status quo und damit frühere Reformen infrage: die integrative Schule, die Notengebung, die progressive Ausbildung an den pädagogischen Hochschulen. «Gendern ist Unfug», sagte Schmid im Interview, lautgetreues Schreiben «ein Unsinn», aber das folge einem Trend: der Förderung einer leistungslosen Gesellschaft – keine Noten, kein geführter Unterricht –, und diese sei eine «linke ideologische Fehlentwicklung».

Damit hat Schmid in Kauf genommen, dass er Widerstand provoziert von jener starken Lobby, vor der sich jeder Politiker fürchtet: den Lehrern. Dieser ist nun da. Der Verband Schulleitungen Nidwalden und der Lehrerinnen- und Lehrerverband Nidwalden (LVN) nehmen Schmid's pointierte Voten «mit Befremden» zur Kenntnis.

Die Verbände kritisieren das «Rückbesinnen» auf eine «gute alte Zeit», die nicht mehr mit der Realität vergleichbar sei. «Die persönliche Schulbiografie und Anekdoten dürfen nicht mehr Gewicht erhalten als bildungswissenschaftliche Studien und die Expertise von Fachpersonen.» Im Parlament hat ein Grünen-Landrat ausserdem einen Vorstoss mit kritischen Fragen eingereicht. Bricht im beschaulichen Nidwalden nun ein kultureller Grabenkampf aus?

Konservativ contra progressiv

Tanja Murer ist Co-Präsidentin des LVN. Auf Anfrage der NZZ führt sie aus, was sie an Schmid's Voten so stört. Die Schule sei heute mit ganz anderen Herausforderungen konfrontiert, die Lehrerinnen und Lehrer «sind stark belastet», für einen besseren Unterricht fehle das Personal. «Nähme man dies ernst, könnte die integrative Schule bestens funktionieren.» Das sei auch die Mehrheitsmeinung: «Die meisten Lehrer, Eltern, Schülerinnen stehen dahinter. Das wissen wir aus Befragungen.»

Murer sagt jedoch auch, dass sie den Erkenntnissen ihres Bildungsdirektors gar nicht fundamental widerspreche, im Gegenteil. Dass die Lehrer immer mehr unter Druck stehen, deswegen sogar den Beruf verlassen – und dass die Leistungen der Schüler in gewissen Bereichen schlechter werden: Darüber besteht Konsens. Nur bei den Lösungen ist man sich überhaupt nicht einig.

Während Schmid mehr Separation propagiert, inhaltlich auf die Grundlagenfächer fokussieren will und frühere Grundkompetenzen wie das Erlernen der Schnürlischrift für richtig hält, sagt Murer: «Es braucht doch heute keine Schnürlischrift mehr, da kann man sich die vielen Stunden, um sie zu



erlernen, guten Gewissens schenken.» Von Noten in der Primarschule hält der Verband auch wenig und verweist auf «internationale Studien», die den Lernerfolg infrage stellen.

Was gefordert wird: Stärkung des schulpsychologischen Diensts – um die Kinder abzuklären und eine Diagnose zu stellen, «damit die Kinder die Unterstützung erhalten, die sie dringend benötigen». Murer möchte auch im Klassenzimmer mehr Betreuung, Parität und Teamgedanken. «Was wir dringend brauchen würden: Heilpädagoginnen im Klassenzimmer, die nicht nur für einzelne Kinder da sind, sondern für alle, auch für mich als Lehrerin. Ich kann mir das gar nicht mehr vorstellen: alleine im stillen Kämmerlein zu unterrichten.»

Was ist Bildung wert?

Natürlich braucht es für solche Forderungen vor allem eines: mehr Geld. Das ist im Bildungssystem immer der erste Reflex. Nur ist es so, dass Nidwalden bereits pro Schüler mehr als 15 000 Franken pro Jahr ausgibt. Nur vier Kantone (Genf, Zug, Zürich, Basel-Stadt) leisten sich noch mehr.

Murer stellt Gegenfragen: «Müssen dann alle Lösungen immer kostenneutral sein? Welchen Stellenwert hat die Bildung? Diese ist doch unsere wertvollste Ressource.» Es könne doch nicht sein, dass die Lehrerinnen davonliefen, schwierige Kinder nicht mehr die Betreuung erhielten, die sie brauchten, weil zu wenig Fachkräfte da seien. «Aber für solche Kinder bekommen wir kein Geld. Wir bekommen Unterstützung, wenn ein Kind behindert ist, aber nicht, wenn es zum Beispiel zu Hause in schwierigerem sozialem Umfeld leben muss.»

Das klingt zwar wie ein Plädoyer für Kleinklassen, wie es Res Schmid wohl nicht besser formulieren könnte, aber Murer widerspricht energisch: «Das ist doch nicht mehr realistisch. Leben wir wie vor vierzig Jahren? Nein! Wir können über zeitlich begrenzte Separation sprechen, aber nicht über Kleinklassen.» Integrative Sonderschulung nennt das der Verband.

Solche Unterrichtsformen, «Time-outs» oder «Lerninseln» genannt, erwähnt auch Schmid im NZZ-Interview. Alles gar nicht so schlimm also? Nun ja, ein kultureller Grabenkampf ist da schon, aber auf die beschauliche Nidwaldner Art. Denn auch Tanja Murer sagt: «Wir wollen keinen Bandenkampf. Wir müssen uns nicht einig sein, aber mehr reden.» Das hat auch sein Gutes: Das kostet nämlich nur wenig Geld.

Sek A, B oder C? Ein Verein will die unterschiedlichen Schulstufen abschaffen

Tages-Anzeiger, 8. Februar 2025, Zürich, Naomi Jones

Initiative in Zürich und Bern • Die Einstufung in Leistungsniveaus erfolge zu früh, findet der Verein Schule ohne Selektion. Der Präsident der Zürcher Sekundarlehrer hält den Vorstoss für undurchdacht.

Ab dem Februar stellt sich für die Sechstklässlerinnen und Sechstklässler, die nicht ins Gymnasium wollen, eine erste Laufbahn-Weiche: der Entscheid für Sekundarschule A oder B (und teilweise C). Obwohl Lehrpersonen, Bildungsfachleute und oft auch die Eltern betonen, dass beide Wege gleich wertvoll seien, wissen die meisten Kinder, wo sie hinwollen: in die Sek A. In die Sek B geht in der Regel nur, wer es nicht geschafft hat.

Das möchte der Verein Schule ohne Selektion (VSOS) ändern und hat deshalb gestern in den Kantonen Bern und Zürich eine entsprechende Initiative lanciert. Die Sekundarschule I, also die Oberstufe ab der siebten Klasse, solle wie die Primarschule ohne die heutige Gliederung in Sek A, B und teilweise C geführt werden.



Ist die Einteilung in Sek A oder B Zufall?

Ob ein Kind in die Sekundarschule A oder B eingeteilt werde, hänge nicht in erster Linie von seinen Fähigkeiten, sondern von einer Momentaufnahme ab, sagt die VSOS-Präsidentin und ehemalige Berner Grossrätin Barbara Streit-Stettler (EVP). Und diese Momentaufnahme werde von vielen Faktoren beeinflusst, etwa der Beziehung des Kindes zur urteilenden Lehrperson, seinem sozialen Umfeld oder seiner Gesundheit. Es gebe nur wenige Kinder, die eindeutig in die Sek A oder in die Sek B gehörten, sagt die ausgebildete Lehrerin. «Bei vielen Kindern ist es Zufall, wo sie landen.» Deshalb sei es mit elf bis zwölf Jahren zu früh, schon eine Weiche für die Berufswahl zu stellen, sagt sie. Es sei besser, bis zum Ende der Schulzeit herauszufinden, welche Fähigkeit ein Kind habe, als ihm schon früh «einen Stempel aufzudrücken».

Die Initiative lässt offen, wie das Anliegen umgesetzt werden soll. Denn gemäss Streit will sie weder auf Noten oder andere Formen «kompetenzorientierter Beurteilung» noch auf eine Empfehlung am Ende der Schulzeit verzichten. Streit verweist auf das Schulmodell im Tessin.

Dort beginnt die vierjährige Oberstufe bereits ab der sechsten Klasse. Die Schüler und Schülerinnen werden aber erst ab der achten Klasse und nur in den Fächern Mathematik und Deutsch in unterschiedlichen Niveaus unterrichtet. Nebst einem gewissen Notendurchschnitt spielen bei dieser Einteilung die Einschätzung der Lehrpersonen sowie die Wünsche von Eltern und Jugendlichen ebenfalls eine Rolle.

Die Bildungsfachverbände äussern sich zurückhaltend positiv bis sehr skeptisch. Lena Fleisch, die Präsidentin des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands (ZLV), sieht einen Trend, «die Selektion infrage zu stellen». Der ZLV sei aber noch nicht so weit, um sich in dieser Frage zu positionieren.

«Längerfristig von der Selektion wegkommen»

Auch der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter des Kantons Zürich braucht laut Präsidentin Sarah Knüsel noch Zeit, ehe die Mitglieder über die Initiative entscheiden. Es gebe im Verband klare Befürworter. Zumal Studienresultate darauf hindeuteten, dass die Selektion zu früh erfolge. Es gebe aber ebenso erklärte Gegner, sagt Knüsel. Bereits ein Urteil gefällt hat der Verband der bernischen Schulleitungen. Er unterstützt die Initiative nicht, obwohl Co-Präsident Niels Lang das Anliegen befürwortet. «Auch wir möchten längerfristig von der Selektion wegkommen», sagt er. Doch habe die Schule gerade andere «Baustellen»: Stichwort Lehrpersonenmangel, grosse Klassen und Integration. Nein zur Initiative sagt auch der Berufsverband Bildung Bern.

Ebenfalls skeptisch ist Dani Kachel, der Präsident von Sek ZH, der Vereinigung der Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich. Der Initiative des Vereins Volksschule ohne Selektion räumt er wenig Chancen ein - sowohl bei den Seklehrern im Kanton als auch beim Volk. «Mit der Abschaffung der Selektion wird lediglich ein einzelner Aspekt herausgegriffen. Das Vorher und das Nachher werden ausser Acht gelassen.» Die Zürcher Seklehrer seien offen für Verbesserungen, sagt Kachel. «Wer eine grosse Reform will, muss aber auch Schul- und Berufsverbände einbeziehen.»



Um Selektion kommt die Schule nicht herum

Tages-Anzeiger, 8. Februar 2025, Meinungen, Fabienne Sennhauser

Keine unterschiedlichen Oberstufen mehr, fordert eine Initiative. Doch früher oder später braucht es eine Standortbestimmung.

Am Ende der Primarschulzeit werden Kinder in Zürich in verschiedene Leistungsniveaus eingeteilt. Die einen wechseln nach der 6. Klasse ans Gymnasium, die anderen in die Sek A oder B - und in wenigen Gemeinden gar noch in die Sek C.

Ein Verein will diese Selektion in der Volksschule nun abschaffen und hat deshalb am Freitag in den Kantonen Bern und Zürich eine entsprechende Initiative lanciert. Es sei besser, bis zum Ende der Schulzeit herauszufinden, welche Fähigkeit ein Kind habe, als ihm schon früh «einen Stempel aufzudrücken», so die Initianten. Das findet auch der Dachverband der Deutschschweizer Schulleitungen. Er hat die Abschaffung der Leistungsniveaus in der Oberstufe zwecks Chancengleichheit ebenfalls zur Diskussion gestellt.

Wird das System so aber automatisch gerechter, wenn die guten Schülerinnen und Schüler während der gesamten Unterrichtszeit von schwächeren gebremst werden? Und was geschieht mit den schwächeren Jugendlichen, wenn die Erfolgserlebnisse ausbleiben, weil sie mit den Klassenkameraden nicht mithalten können?

Früher oder später braucht es eine Standortbestimmung: Auf eine Leistungsbeurteilung kann die Schule nämlich nicht verzichten. Denn sie ist der Ort, wo die Jugendlichen auf den erfolgreichen Eintritt in unsere Leistungsgesellschaft vorbereitet werden sollen. Anders gesagt: Es ist ein zentrales Ziel der Schule, die Jugendlichen für ihren individuellen Bildungsweg zu rüsten - sei dies für eine Lehre oder für das Gymnasium. Nicht alle müssen dieselben Ziele erreichen. Der Leistungsdruck auf die Jugendlichen würde mit der Nivellierung der Sekundarstufe nicht abnehmen. Denn es ist zu erwarten, dass die Schülerinnen und Schüler ohne klare Stufenzuteilung umso mehr an ihren Noten gemessen werden - insbesondere von zukünftigen Ausbildungsbetrieben. Noten sind allerdings ebenfalls höchst umstritten.

Mit der Abschaffung der Sekundarstufe würde also keine Lösung, sondern nur ein neues Dilemma geschaffen.

Die Kinder in ihren Stärken fördern

Tages-Anzeiger, 15. Februar 2025, Forum

«Tages-Anzeiger» vom 8.2. «Um Selektion kommt die Schule nicht herum»

Die Forderung einer Initiative, die unterschiedlichen Oberstufen abzuschaffen, hätte katastrophale Folgen. Dass der Bildungsweg unserer Kinder unterschiedlich ist, gehört zum Leben. Wir dürfen den Kindern und auch unserer Umwelt nicht suggerieren, alle seien gleich. Wir müssen lernen, unsere Kinder in ihren Stärken zu fördern. Gaukeln wir ihnen vor, alle seien gleich, machen wir sie völlig unglücklich. Dasselbe gilt für die Abschaffung der Noten.

Isabelle Lang, Zumikon



Die Schere geht zu weit auseinander

Tages-Anzeiger, 13. Februar 2025, Forum, Leserbrief

«*Tages-Anzeiger*» vom 8.2. «*Sek A, B oder C? Ein Verein will die unterschiedlichen Schulstufen abschaffen*»

Ende 6. Klasse geht die Schere zwischen den leistungsstärksten und den schwächeren Kindern schon weit auseinander. Es ist deshalb allen am besten geholfen, wenn sie nun nicht mehr gemeinsam unterrichtet werden; die Differenz würde nur noch grösser. Viele Eltern wünschen sich für die Oberstufe eine Abteilung, welche in etwa dem Niveau ihres Kindes entspricht. Verzichtet man an der Volksschule auf die Sek A und offeriert nur noch eine Einheitsklasse, wird der Druck auf jenes Schülersegment zunehmen, welches an der Grenze zwischen Gymnasium und Sek A liegt. Da werden nun die Eltern alles unternehmen, um ihr Kind ins Gymi zu bringen. Eine gut geführte, reine Sek A konnte es bis anhin durchaus mit dem Langzeitgymi aufnehmen, was in Mischklassen, wo auch alle verhaltensschwierigen Schüler einsitzen, beim besten Willen der Lehrpersonen nicht mehr möglich ist. Das führt dann eben zu jenen unschönen Szenen, in denen schon ab Herbst mit Nachhilfekursen alles unternommen wird, um auf Teufel komm raus das Kind im Gymi zu bringen. Ob es dann dort reüssiert, ist eine andere Frage; das Motto der Eltern geht halt situationsbedingt in Richtung «rette sich, wer kann».

Hans-Peter Köhli, Zürich

Veranstungshinweis

Künstliche Intelligenz – welche Auswirkungen hat KI auf unsere Kinder, Schule und Gesellschaft?

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. März 2025

Referenten

Michael Lutz (Sekundarlehrer, Neftenbach)

Prof. Dr. Mathias Binswanger (Fachhochschule Nordwestschweiz)

Einführung

Prof. Dr. Jürg Barben (Leiter Fortbildungskommission am OKS)

Ort und Datum

Mittwoch, 12. März 2025, 18.30 – 20.30

OST – Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)

9000 St. Gallen

Grosser Plenarsaal, Parterre

[Mehr...](#)

